

Arbeiterklasse sowie dem Arbeiter-und-Bauern-Staat entwickelte sich ein noch engeres Vertrauensverhältnis.

Das Politbüro des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands dankt im Namen der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik allen Mitarbeitern im Gesundheitswesen für die unter aufopferungsvoller Arbeit vollbrachten großartigen Leistungen.

Während in der sozialistischen Gesellschaftsordnung der Deutschen Demokratischen Republik jeder Arzt heute und für alle Zeit eine gesicherte persönliche, berufliche und materielle Perspektive hat und die gesundheitliche Betreuung der Bevölkerung kostenlos erfolgt, sehen die Ärzte in Westdeutschland mit Sorge auf die Auswirkungen der beabsichtigten Krankenversicherungsreform, die entgegen den Interessen der Bevölkerung und der Ärzte zugunsten der atomaren Aufrüstung durchgeführt werden soll. Während in der Deutschen Demokratischen Republik der Perspektivplan des Gesundheitswesens in enger Zusammenarbeit der Ärzte, Zahnärzte und Apotheker und der Angehörigen der mittleren medizinischen Berufe mit Vertretern von Partei und Regierung ausgearbeitet wurde und verwirklicht wird, beklagen sich in Westdeutschland Ärzte und Zahnärzte bitter darüber, daß ihre Vorschläge von den Bonner Regierungsstellen nicht beachtet werden.

Angesichts der Erfolge des Gesundheitsschutzes in der Deutschen Demokratischen Republik verstärken die reaktionären Kreise Westdeutschlands ihre Versuche, Mitarbeiter unseres Gesundheitswesens über die großen Möglichkeiten ihrer Arbeit zum Nutzen des ganzen Volkes unter den Bedingungen der Arbeiter-und-Bauern-Macht zu täuschen und durch Gerüchte, Drohungen und Versprechungen Ärzte, Zahnärzte und Apotheker zum Weggang aus der Republik und zur Verletzung des hippokratischen Eides zu veranlassen. Die militaristischen Kreise Westdeutschlands verfolgen damit das menschenfeindliche Ziel, die medizinische Betreuung der Bevölkerung in unserer Republik zu stören, einen Keil zwischen Arbeiterklasse und medizinische Intelligenz zu treiben und die weitere Festigung der sozialistischen Gemeinschaft freier Menschen im Arbeiter-und-Bauern-Staat zu behindern.

Andererseits soll dadurch von den ernsthaften Schwierigkeiten im westdeutschen Gesundheitswesen abgelenkt, die Anziehungskraft des vorbildlichen Gesundheitsschutzes im sozialistischen Staat geschwächt und berechnete Forderungen westdeutscher Ärzte auf eine Verbesserung des Gesundheitswesens in Westdeutschland unterbunden werden. Deshalb ist die Republikflucht von Ärzten, Zahnärzten usw. in jeder Hinsicht eine verhängnisvolle Fehlentscheidung.